



Verband der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen Rheinland-Pfalz

im Bundesverband der Lehrer an berufsbildenden Schulen e.V. und im Deutschen Beamtenbund

Adam - Karrillon- Str. 62, 55118 Mainz, Tel.: 06131 - 61 24 50, Fax: - 61 67 05

vlbs Rheinland-Pfalz, der Landesvorsitzende, Rheingauer Str. 8, 55122 Mainz

An die

Vertreterinnen und Vertreter der Medien

Vorsitzender:

Ulrich Brenken

Rheingauer Straße 8

55122 Mainz

Tel. 06131-41818

Fax : 06131-41817

eMail, vlbs: ulrich.brenken@vlbs.org

Handy : 0171 – 355 26 74

20.09.2016

Der vlbs fordert: „Kein weiterer Angriff auf die höhere Berufsfachschule“

Der Verband der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen (vlbs), die mitgliederstärkste Vertretung der Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz, ist über die Pläne der Landesregierung, zum dritten Mal innerhalb von drei Jahren die höheren Berufsfachschulen (HBF) für Sparmaßnahmen missbrauchen zu wollen, empört. Die berufsbildenden Schulen (BBS) im Land haben allein durch das von der Schulverwaltung verordnete Heraufsetzen der Schülerzahl pro HBF-Klasse bisher schon etwa 30 Vollzeitstellen eingespart. „Damit haben nach Überzeugung des vlbs die BBS auch ihren Anteil an den kürzlich geforderten Einsparungen von insgesamt 310 Lehrkräftestellen bis 2020 bereits weitestgehend erbracht“, stellt der Vorsitzende Ulrich Brenken fest. Zudem haben die BBS in den zurückliegenden 5 Jahren immer noch den doppelt so hohen strukturellen Unterrichtsausfall wie die Oberstufen der allgemein bildenden Gymnasien und IGS im Land, obwohl BBS gleichberechtigt ebenfalls im Bereich der Sekundarstufe 2 tätig sind.

Der vlbs kann nicht nachvollziehen, dass bei einer durchschnittlichen Klassengröße von jetzt fast 25 Schülerinnen und Schülern in landesweit 378 Klassen im vergangenen Schuljahr gegenwärtig überhaupt ein Handlungsdruck zur Schließung von Bildungsgängen im Bereich der höheren Berufsfachschule gegeben sein könnte. „Über 9.000 Schülerinnen

und Schüler zeigen klar: Der Bedarf ist da. Den sollte die Politik respektieren und nicht künstlich abwürgen“, fordert Ulrich Brenken.

Jugendliche besuchen erfahrungsgemäß einen Bildungsgang der höheren Berufsfachschule dann, wenn Sie nach dem qualifizierten Sekundarabschluss 1 nicht den angestrebten Ausbildungsplatz finden und/oder neben einer schulischen Berufsqualifizierung gleichzeitig die Fachhochschulreife anstreben. „Wer schon jetzt keinen seinem schulischen Abschluss oder seinen Interessen entsprechenden Ausbildungsplatz im heutigen Ausbildungsmarkt findet, wird ohne die Möglichkeiten dieser Schulform zukünftig meist in einer Übergangsmaßnahme oder in der Arbeitslosigkeit enden“, so der Vorsitzende Ulrich Brenken. „Es zeigt sich, dass nach dieser zweijährigen beruflichen Qualifizierung an der BBS diese jungen Erwachsenen viel mehr über ihre Möglichkeiten und das Angebot am Markt erfahren haben und viel besser informiert sind, um erfolgreicher den Weg in einen Beruf oder ein Studium zu finden“.

Natürlich hat der vlbs keinerlei Einwände, wenn aufgrund zusätzlicher attraktiver Ausbildungsplätze weniger Jugendliche die höhere Berufsfachschule besuchen. Der vlbs setzt auf die „Abstimmung mit den Füßen“, d.h. die realen Anmeldezahlen im freien Wettbewerb mündiger junger Menschen. „Eine Selbststeuerung im Bildungs- und Ausbildungsmarkt ist allemal geeigneter als eine Lenkung durch das Bildungsministerium in einen nicht aufnahmebereiten Ausbildungsmarkt“, stellt Ulrich Brenken fest.

Bei der Vorlage des letzten Verordnungsentwurfes im Jahr 2015 hatte der vlbs überzeugend darauf hingewiesen, dass das Spar-Vorhaben des Bildungsministeriums bis zu 3.000 Schülerinnen und Schüler und bis zu 200 Lehrkräftestellen betroffen hätte und konnte mit seiner Argumentation die Rücknahme der damals geplanten Änderung bewirken. „Bisher haben wir mit vernünftigen Sachargumenten zur HBF Gehör gefunden. Wir werden auch in Zukunft unermüdlich weiter für den Erhalt der höheren Berufsfachschule kämpfen - im freien Wettbewerb der Anmeldungen von Seiten der Schülerinnen und Schüler und gegen zwangsverordnete Einschränkungen durch die Schulverwaltung oder die Politik“, so der Vorsitzende Ulrich Brenken.

Mit freundlichen Grüßen

Ulrich Brenken